

**Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. März 2016****Die Bedeutung der Unterrichtsfächer Politik und Geografie an Schulen im Land Bremen**

Unsere heutige Lebenswirklichkeit wird zunehmend und maßgeblich von Umständen und politischen Ereignissen beeinflusst, die sich häufig in weitentfernten Teilen der Erde zutragen. Konnte man sich z. B. vor nicht allzu langer Zeit noch wenig Konkretes unter dem Begriff der Globalisierung vorstellen, so wird dieses Phänomen aktuell auch anhand des Zustroms schutzsuchender Menschen nach Europa sowie den zugrundeliegenden Fluchtursachen jedem auf zum Teil drastische Weise vergegenwärtigt und erfahrbar.

Will man versuchen, die komplexen Abläufe im globalen Zusammenleben auf unserem Planeten zu verstehen – ganz gleich ob nun in Bezug auf internationale Wirtschaftskreisläufe, die unterschiedliche Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen als mögliche Ursache sozioökonomischer Ungleichheiten und Konflikten im Zuge ihrer Exploration, den Natur- und Klimaschutz oder etwa geostrategischer Konflikte und Interessen von Staaten – so bedarf es einer realen räumlichen Vorstellung der unterschiedlichen Beschaffenheit regionaler Lebenswelten und der dort vorherrschenden politischen Gegebenheiten.

Gerade für junge Menschen ist ein Bewusstsein über diese Zusammenhänge von entscheidender Bedeutung, um etwa die Vorbedingungen, aber auch die Auswirkungen ihres lokalen Denkens und Handelns in einen größeren, unter Umständen sogar globalen Kontext anhand eines Orientierungsrahmens einordnen zu können. Bei der Ausprägung dieser Fertigkeiten leisten unsere Schulen und speziell auch das Unterrichtsfach Geografie – vereinfacht beschrieben als Lehre vom Raum, in dem Menschen leben – einen zentralen Beitrag. Ein ebenso wichtiges Element in der schulischen Ausbildung der Heranwachsenden stellt die politische Bildung dar, denn nur wer etwa den Wert freier Wahlen und die Möglichkeit auf freie politische Beteiligung kennt und richtig einzuordnen weiß, ist auch bereit, sich für den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte einzusetzen.

In der jüngeren Vergangenheit wurden Politik und Geografie an unseren Oberschulen in das Unterrichtsfach „Geschichte und Politik“ (GuP) integriert – sozusagen als Fächer innerhalb eines Konglomeratfachs. Dieser Schritt wurde und wird durch Fachlehrer der Geografie, aber ebenso auch der Politik, überwiegend kritisch bewertet. Im Angesicht der quantitativen Dominanz von geschichtlichen Unterrichtsanteilen innerhalb des Fachs GuP, konstatieren diese einen Bedeutungsverlust geografischer und politischer Bildung, was aber mit den stark steigenden Anforderungen, z. B. an Unterrichtsinhalte aus dem Bereich der politischen Bildung, wie etwa Extremismusvorbeugung, oder geografischer Analyse und Urteilsfähigkeit im Bereich der Wechselwirkungen natürlicher, demografischer und gesellschaftlich Konfliktursachen (z. B. Hungerkatastrophen, Klimawandel, Verstädterung), nur schwer vereinbar scheint.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung nimmt das Unterrichtsfach Geografie (unter Umständen in Form von Heimatkunde) nach Auffassung des Senats an Grundschulen im Land Bremen ein?
  - a) An wie vielen Grundschulen wird das Fach angeboten?

- b) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der Grundschulen für dieses Unterrichtsfach vorgesehen, und hält der Senat dies für ausreichend?
  - c) Über welche Facultas verfügen die Lehrkräfte, die das Unterrichtsfach Geografie (unter Umständen in Form von Heimatkunde) in den Grundschulen unterrichten?
  - d) In welchem Rahmen werden Grundschüler an Fragen aus dem Bereich der politischen Bildung herangeführt?
2. Welche Erfahrungen hat der Senat mit dem Unterrichtsfach „Gesellschaft und Politik“ (GuP) an Bremer Oberschulen gemacht?
- a) Begleitet und/oder evaluiert die Bildungsbehörde die von ihr initiierte Fächerintegration (wissenschaftlich)? Falls ja, wie und mit welchen Ergebnissen? Falls nein, weshalb nicht?
  - b) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der Oberschule für dieses Unterrichtsfach vorgesehen, und hält der Senat dies für ausreichend?
  - c) Welche Bedeutung und welchen Anteil nehmen innerhalb des Unterrichtsfachs „Gesellschaft und Politik“ (GuP) Lehrinhalte ein, die originär dem Geografieunterricht zuzuordnen wären; wie verhält es sich im Vergleich demgegenüber mit Politik und Geschichte, und hält der Senat diese Gewichtung nach wie vor für angemessen?
  - d) Inwieweit wäre nach Einschätzung des Senats eine durchgängige und tatsächliche separate Erteilung der drei Unterrichtsfächer Geschichte, Politik und Geografie möglich und wünschenswert?
  - e) Über welche Facultas verfügen die Lehrkräfte, die das Unterrichtsfach „Gesellschaft und Politik“ (GuP) erteilen, nach Erkenntnissen des Senats in der Regel?
  - f) Wie hoch ist im Unterrichtsfach „Gesellschaft und Politik“ (GuP) der Anteil an fachfremd erteiltem Unterricht?
3. Welche Bedeutung misst der Senat den Unterrichtsfächern Politik und Geografie an den durchgängigen Gymnasien und den gymnasialen Oberstufen im Land Bremen bei?
- a) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der durchgängigen Gymnasien für diese Unterrichtsfächer vorgesehen und hält der Senat dies für ausreichend?
  - b) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der gymnasialen Oberstufe für diese Unterrichtsfächer vorgesehen, und hält der Senat dies für ausreichend?
  - c) An wie vielen gymnasialen Oberstufen wurden im vergangenen Schuljahr Grundkurse im Fach Geografie/Erdkunde sowie Politik angeboten, und wie haben sich diese Zahlen in den zurückliegenden 15 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr gesondert ausgeben)?
  - d) An wie vielen gymnasialen Oberstufen wurden im vergangenen Schuljahr Leistungskurse im Fach Geografie/Erdkunde sowie Politik angeboten, und wie haben sich diese Zahlen in den zurückliegenden 15 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr gesondert ausgeben)?
  - e) Wie viele Abiturvorschläge im Fach Geografie sowie Politik wurden im zurückliegenden Schuljahr eingereicht, und wie haben sich diese Zahlen in den zurückliegenden 15 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr gesondert ausgeben)?
  - f) Welche Entwicklung lässt sich nach Auffassung des Senats an den vorangegangenen Antworten ableiten, und wie bewertet er diese?
4. Welche Rückmeldungen und Einschätzungen hat der Senat aus den Fachverbänden der Geografie-, Politik und Geschichtslehrer in Bezug auf das Unterrichtsfach GuP erhalten, wie bewertet er diese, und welche konkreten Handlungsschritte erwachsen aus ihnen?

5. Wie viele Lehrkräfte mit der Facultas Geografie sind seit dem Jahr 2000 in den Schuldienst im Land Bremen eingetreten, wie viele demgegenüber ausgeschieden, und wie verhält es sich im gleichen Zeitraum mit Lehrkräften der Facultas Politik?
6. Welche Bedeutung haben die Unterrichtsfächer Politik und Geografie in der zukünftigen Ausrichtung der schulischen Bildungslandschaft des Bundeslandes Bremen?
7. Durch welche Maßnahmen will der Senat der evidenten Notwendigkeit Rechnung tragen, die politische Bildung in den Schulen im Land Bremen zu stärken?
8. Welche Bedeutung nehmen die Unterrichtsfächer Politik und Geografie nach Kenntnis des Senats innerhalb der gemeinsamen Planungen der Kultusministerkonferenz ein?
9. Durch welche konkreten Schritte zur Steigerung der schulischen Qualität will der Senat gegebenenfalls einer weiteren Erosion des Fachunterrichts an Bremer Schulen entgegenwirken?
10. Sind dem Senat Studien bzw. deren Ergebnisse bekannt, die sich explizit mit der Problematik der Fächerintegration beschäftigen? Falls ja, was besagen diese, und in welcher Weise werden diese im Land Bremen berücksichtigt?

Dr. Thomas vom Bruch,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

D a z u

### **Antwort des Senats vom 12. April 2016**

1. Welche Bedeutung nimmt das Unterrichtsfach Geografie (unter Umständen in Form von Heimatkunde) nach Auffassung des Senats an Grundschulen im Land Bremen ein?
  - a) An wie vielen Grundschulen wird das Fach angeboten?
  - b) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der Grundschulen für dieses Unterrichtsfach vorgesehen, und hält der Senat dies für ausreichend?
  - c) Über welche Facultas verfügen die Lehrkräfte, die das Unterrichtsfach Geografie (unter Umständen in Form von Heimatkunde) in den Grundschulen unterrichten?
  - d) In welchem Rahmen werden Grundschüler an Fragen aus dem Bereich der politischen Bildung herangeführt?

Ein Fach „Geografie“ gibt es an Grundschulen im Land Bremen nicht. Themenfelder und Inhalte aus dem Bereich Geografie finden sich im Bildungsplan für das Fach „Sachunterricht“ der Primarstufe, das bereits 1976 installiert wurde.

- a) Das Fach Geografie wird an Grundschulen aus dem genannten Grund nicht, das Fach Sachunterricht jedoch an allen Grundschulen unterrichtet.
- b) Für den Sachunterricht sind 18 Wochenstunden in den Jahrgängen 1 bis 4 vorgesehen, was als ausreichend bewertet wird.
- c) Das Fach Geografie wird in den Grundschulen nicht unterrichtet, siehe oben.
- d) Das Bremische Schulgesetz benennt explizit die Erziehung zur Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen, als Bildungs- und Erziehungsziel. Sie findet an Grundschulen u. a. im Rahmen des Sachunterrichts statt, zu dem fünf Perspektiven gehören, darunter das „raumbegrenzende Lernen“, das Kinder befähigen will, natürliche und von Menschen geschaffene Räume zu unterscheiden, Räume als gestaltbar zu erfahren und Verantwortung zu tragen für die Erhaltung, Pflege und Veränderung von Räumen. Das „sozial- und gesellschaftsbezogene Lernen“ fördert die Bereitschaft und Fähigkeit der Kinder zur aktiven Gestaltung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Umwelt, knüpft an das bereits vorhandene politische Weltbild und ihre Erfahrungen im sozialen Handeln an und

erweitert es in Richtung sozialwissenschaftlicher Kategorien wie Konflikt, Auseinandersetzung, Menschenwürde, Partizipation, Mitbestimmung oder Gleichheit. Zum Standard an Grundschulen gehört außerdem die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern, da Beteiligungsvorhaben besonders dazu geeignet sind, die politische Bildung der Schülerschaft zu fördern und Kompetenzen im Bereich „Soziales Lernen“ im Rahmen eines handlungsorientierten Unterrichts zu entwickeln. Neben etablierten Formen wie der Wahl von Klassensprecherinnen und Klassensprechern wird an der Mehrzahl der Grundschulen der wöchentliche „Klassenrat“ durchgeführt. Zum Konzept jeder Grundschule, die als gebundene Ganztagschule aufgestellt ist, gehört zwingend ein Partizipationskonzept, das die altersangemessene Einbindung von Schülerinnen und Schülern in die Gestaltung der Schule definiert. Dies findet z. B. in Beteiligungsverfahren zur Schulhofgestaltung regulär Anwendung.

2. Welche Erfahrungen hat der Senat mit dem Unterrichtsfach „Gesellschaft und Politik“ (GuP) an Bremer Oberschulen gemacht?
  - a) Begleitet und/oder evaluiert die Bildungsbehörde die von ihr initiierte Fächerintegration (wissenschaftlich)? Falls ja, wie und mit welchen Ergebnissen? Falls nein, weshalb nicht?
  - b) Welcher Stundenumfang ist laut Studentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der Oberschule für dieses Unterrichtsfach vorgesehen, und hält der Senat dies für ausreichend?
  - c) Welche Bedeutung und welchen Anteil nehmen innerhalb des Unterrichtsfachs „Gesellschaft und Politik“ (GuP) Lehrinhalte ein, die originär dem Geografieunterricht zuzuordnen wären; wie verhält es sich im Vergleich demgegenüber mit Politik und Geschichte, und hält der Senat diese Gewichtung nach wie vor für angemessen?
  - d) Inwieweit wäre nach Einschätzung des Senats eine durchgängige und tatsächliche separate Erteilung der drei Unterrichtsfächer Geschichte, Politik und Geografie möglich und wünschenswert?
  - e) Über welche Facultas verfügen die Lehrkräfte, die das Unterrichtsfach „Gesellschaft und Politik“ (GuP) erteilen, nach Erkenntnissen des Senats in der Regel?
  - f) Wie hoch ist im Unterrichtsfach „Gesellschaft und Politik“ (GuP) der Anteil an fachfremd erteiltem Unterricht?

Mit einem Lernbereich im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, der fachliche Perspektiven bündelt, liegen bereits seit 40 Jahren umfangreiche Erfahrungen vor. Für die Jahrgangsstufen 5 und 6 ist die unterrichtliche Organisationsform vorgegeben, in den übrigen Jahrgangsstufen entscheiden die Schulen darüber, ob die Fächer im Lernbereich integriert unterrichtet oder ob sie separiert werden. Die Lehrerausbildung an der Universität Bremen bereitet die Lehramtsstudierenden auf eine entsprechende Unterrichtspraxis vor. Für Lehrerinnen und Lehrer wurden Fortbildungsformate zum Unterrichten im Lernbereich konzipiert und Fortbildungen durchgeführt.

- a) Vor dem Hintergrund der langjährigen Erfahrungen und einer kontinuierlichen Qualitätsentwicklung sieht der Senat aktuell keinen Anlass für eine Evaluation.
- b) Die Kontingenzstudentafel für die Sekundarstufe I der Oberschule sieht in den Jahrgängen 5 bis 10 im Lernbereich Gesellschaft und Politik für die Fachdimensionen Geografie, Geschichte und Politik 17 Stunden sowie weitere 13 Stunden in den Lernfeldern „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ und „Religion/Philosophie“ vor, womit der Lernbereich GuP insgesamt 30 Jahreswochenstunden umfasst. Die Bremer Studentafel weist damit deutlich mehr Unterrichtsstunden für die Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld aus als die 16 Jahreswochenstunden, die die Kultusministerkonferenz für den Bildungsgang zum Mittleren Schulabschluss vorsieht. Das Wesen einer Kontingenzstudentafel ist es, den eigenverantwortlichen Schulen eine flexible Steuerung auf der Basis der Bildungspläne und der schulinternen Curricula zu ermöglichen. Die Schulen haben außerdem die

Möglichkeit, im Wahlpflichtbereich, im Wahlbereich und im Bereich Profil und Ergänzung weitere Stunden zu verwenden, in denen projekt- und handlungsorientiert sowie fächerübergreifend an gesellschaftswissenschaftlichen Themenstellungen gearbeitet wird. Der Senat sieht diesen Bereich daher hinsichtlich der vorgesehenen Stundenvolumina als gut aufgestellt an.

- c) Die Struktur der Bildungspläne im Lernbereich Gesellschaft und Politik ist bestimmt durch drei Dimensionen: die historische, die geografische und die gesellschaftlich-/wirtschaftlich-politische Dimension, die als eigenständige Fächer oder integriert unterrichtet werden. Es wird explizit keine Gewichtung zugunsten einer der drei Dimensionen vorgenommen, jedoch folgt das Bundesland Bremen Vorgaben der Kultusministerkonferenz, die dem Fach Geschichte im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld eine besondere Bedeutung zumisst. Die Bildungspläne beschreiben in den fachbezogenen Kompetenzen den Kern der jeweiligen fachlichen und methodischen Anforderungen. Der Senat sieht mit den vorliegenden Bildungsplänen eine ausreichende Grundlage gegeben, einen allen Dimensionen gerecht werdenden Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.
- d) Der Unterricht im Lernbereich Geschichte, Politik und Geografie bietet die Möglichkeit, sozial-, gesellschafts- und geisteswissenschaftliche Themen in ihrer tatsächlichen Vielschichtigkeit zu erfassen, interdisziplinäre Zusammenhänge herzustellen und fachspezifische Erkenntnisweisen auszubilden. Diese Abkehr von Fächergrenzen entspricht dem Stand der fachdidaktischen Diskussion. Die Verordnungen über die Sekundarstufe I der Oberschule und des Gymnasiums enthalten in den Bestimmungen für den Unterricht (jeweils § 4) daher auch Aussagen zu integrierten Unterrichtsformen wie Freiarbeit, Wochenplanarbeit und Projektarbeit. Diese dienen der fächerübergreifenden Arbeit, denn die Lernangebote können sich stets auf mehrere Fächer beziehen. Auch legt die Verordnung fest, dass für fächerübergreifende Unterrichtsformen Lernbereiche gebündelt werden können oder der Unterricht integriert, epochal oder in Projekten organisiert werden kann. Insofern ist der Senat der Auffassung, dass der Unterricht im Lernbereich „Gesellschaft und Politik“ grundsätzlich große Chancen bietet, während eine Separierung in die einzelnen gesellschaftswissenschaftlichen Aspekte der komplexen Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht wird.
- e) Bei „Gesellschaft und Politik handelt“ es sich um einen Lernbereich im Sekundarbereich I der Schularten Oberschule und Gymnasium, die folgenden Aussagen sind daher auf diesen Lernbereich und nicht auf ein Fach bezogen. Auf den Unterricht im Lernbereich Gesellschaft und Politik werden die Lehrerinnen und Lehrer in verschiedenen Studiengängen vorbereitet, z. B. „Politik“<sup>1</sup>. Die Datenlage erlaubt eine Beantwortung der Frage 2e nur auf der Basis einer Stichtagsauswertung der Lehrereinsatzplanung an öffentlichen Schulen der Stadt Bremen. Es werden hier allerdings ausschließlich die studierten Fächer zum Zeitpunkt der Einstellung erfasst, nicht aber im Verlauf der Berufsjahre erworbene Zusatzqualifikationen, Weiterbildungszertifikate oder andere nachgeholt Qualifikationen.

Am Stichtag 15. Oktober 2015 haben demnach 64 % der Lehrerinnen und Lehrer, die an Oberschulen oder Gymnasien der öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Lernbereich „Gesellschaft und Politik“ in der Sekundarstufe I eingesetzt waren, mindestens ein Fach aus diesem Lernbereich studiert.

- f) Da „Gesellschaft und Politik“ ein Lernbereich und kein Fach ist, kann sich eine Auswertung des fachfremden Einsatzes nur auf einzelne Fächer beziehen. Diese Frage wird hier auf der Basis der Auswertung für das in der Lehrereinsatzplanung aufgeführte Fach „Gemeinschaftskunde/Politik/Sozialkunde“ (das ist Politik, vergleiche Fußnote 1) beantwortet und bezieht ausschließlich die Gesamtheit der öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen ein:

<sup>1</sup> „Politik“ ist die Bezeichnung in den geltenden Verordnungen für die Sekundarstufen I, im Fächerschlüssel für den Lehrereinsatz steht dies unter der Bezeichnung „Gemeinschaftskunde/Politik/Sozialkunde“

Knapp 45 % der Unterrichtsstunden im obengenannten Fach wird von Lehrerinnen und Lehrern erteilt, die das Fach Politik studiert haben. Insgesamt 84,5 % des Unterrichts wird von Lehrerinnen und Lehrern erteilt, die ein Fach im Lernbereich Gesellschaft und Politik studiert haben, die übrigen 15,5 % des Unterrichts werden zum überwiegenden Teil durch Lehrerinnen und Lehrer erteilt, die über die Fakultas im Fach Deutsch bzw. Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft verfügen. Sie verfügen über ein zweites Staatsexamen und sind in der Lage, qualifizierten Unterricht zu gestalten.

3. Welche Bedeutung misst der Senat den Unterrichtsfächern Politik und Geografie an den durchgängigen Gymnasien und den gymnasialen Oberstufen im Land Bremen bei?

- a) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der durchgängigen Gymnasien für diese Unterrichtsfächer vorgesehen, und hält der Senat dies für ausreichend?
- b) Welcher Stundenumfang ist laut Stundentafel in den einzelnen Jahrgangsstufen der gymnasialen Oberstufe für diese Unterrichtsfächer vorgesehen und hält der Senat dies für ausreichend?
- c) An wie vielen gymnasialen Oberstufen wurden im vergangenen Schuljahr Grundkurse im Fach Geografie/Erdkunde sowie Politik angeboten, und wie haben sich diese Zahlen in den zurückliegenden 15 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr gesondert ausgeben)?
- d) An wie vielen gymnasialen Oberstufen wurden im vergangenen Schuljahr Leistungskurse im Fach Geografie/Erdkunde sowie Politik angeboten, und wie haben sich diese Zahlen in den zurückliegenden 15 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr gesondert ausgeben)?
- e) Wie viele Abiturvorschläge im Fach Geografie sowie Politik wurden im zurückliegenden Schuljahr eingereicht, und wie haben sich diese Zahlen in den zurückliegenden 15 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr gesondert ausgeben)?
- f) Welche Entwicklung lässt sich nach Auffassung des Senats an den vorangegangenen Antworten ableiten, und wie bewertet er diese?
- a) Die Kontingenzstundentafel für das Gymnasium sieht für den Lernbereich „Gesellschaft und Politik“ in den Fachdimensionen Geografie, Geschichte und Politik 15 Stunden in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 vor, ergänzt um vier Stunden „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ und fünf Stunden Religion/Philosophie (Zur Bewertung siehe Antwort zu Frage 2b).
- b) In der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe müssen im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld neben dem Fach Geschichte (zwei Jahreswochenstunden) weitere Fächer im Umfang von vier Jahreswochenstunden belegt werden. In der Qualifikationsphase gelten Belegungsaufgaben, die für die Zulassung zum Abitur erfüllt werden müssen. So muss ein Fach aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld durchgängig bis zum Abitur belegt werden. Ist dieses Fach nicht Geschichte oder Politik mit historischen Anteilen, müssen in zwei aufeinander folgenden Halbjahren Kurse in Geschichte belegt werden.

Der Senat hält die beschriebenen Mindestanforderungen für angemessen, zumal für Schülerinnen und Schüler über die Anwahl von Profilen und das Verfassen von Projektarbeiten mit verpflichtendem Fächerübergreifung weitere Vertiefungsmöglichkeiten im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich geschaffen wurden.

c) Im Schuljahr 2014/2015 wurden an 30 Standorten an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen Grundkurse im Fach Geografie und an 28 Standorten Grundkurse im Fach Politik angeboten, 2015/2016 ist dies jeweils an 28 Standorten der Fall.

Anzahl Gymn. Oberstufen mit Grundkursen in...	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Grundkurse														
Politik	24	24	21	23	22	21	23	22	22	26	26	27	28	28
Geografie	25	25	25	25	25	22	22	24	24	29	29	30	30	30

- d) Im Schuljahr 2014/2015 wurden an 13 Standorten Leistungskurse an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen im Fach Geografie und an drei Standorten Leistungskurse im Fach Politik angeboten.

Bezüglich der Entwicklung in den letzten 15 Jahren ergibt sich folgendes Bild: Insgesamt betrachtet ist in den Fächern Geografie und Politik die Anzahl der Standorte, die entsprechende Leistungskurse anbieten, im betrachteten Zeitraum nahezu konstant geblieben.

Anzahl Gymn. Oberstufen mit Leistungskursen in...	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Leistungskurse														
Politik	2	2	2	2	2	3	4	4	4	3	2	3	3	3
Geografie	14	16	13	14	13	13	14	13	13	12	14	14	13	13

- e) Eine Statistik über die Anzahl der Abiturvorschläge wird nicht geführt. Die Aufgabenvorschläge für die schriftliche Abiturprüfung werden geprüft und genehmigt. Für das Abitur im Schuljahr 2015/2016 liegen dem Senat für die Stadtgemeinde Bremen acht Aufgabenvorschläge vor.
- f) Der Unterricht im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld an Gymnasien und gymnasialen Oberstufen ist unter Ausschöpfung der Gestaltungsmöglichkeiten und Profilbildungsoptionen, die Schulgesetz, Verordnungen und Bildungspläne festlegen, gut geeignet, für die Schülerinnen und Schülern ein gesellschaftlich-politisches Bildungsangebot zu gewährleisten.
4. Welche Rückmeldungen und Einschätzungen hat der Senat aus den Fachverbänden der Geografie-, Politik- und Geschichtslehrer in Bezug auf das Unterrichtsfach GuP erhalten, wie bewertet er diese, und welche konkreten Handlungsschritte erwachsen aus ihnen?

Einzelne Fachverbände haben in Stellungnahmen den Wunsch nach einer stärkeren Verankerung ihrer jeweiligen Einzelfächer in Bildungsplänen oder Stundentafeln zum Ausdruck gebracht. Der Senat nimmt an ihn gerichtete diesbezügliche Stellungnahmen und Briefe zur Kenntnis und beantwortet sie nach inhaltlicher Prüfung. Zu den aus diesem Themenfeld an die Bürgerschaft gerichteten Petitionen hat der Senat im Verfahren fachliche Stellungnahmen abgegeben. Bezogen auf die Unterrichtsfächer steht die Senatorin für Kinder und Bildung auf Arbeitsebene im fachlichen Austausch mit Lehrerinnen und Lehrern bzw. den Zuständigen für die Lehrerausbildung und Fortbildung. Im Übrigen gilt die Antwort auf Frage 2 und 3f).

5. Wie viele Lehrkräfte mit der Facultas Geografie sind seit dem Jahr 2000 in den Schuldienst im Land Bremen eingetreten, wie viele demgegenüber ausgeschieden, und wie verhält es sich im gleichen Zeitraum mit Lehrkräften der Facultas Politik?

Die Einstellungen und Abgänge von Lehrerinnen und Lehrern lassen sich bedingt durch die Systematik der Datenerfassung nur bezogen auf die Fakultas „Gemeinschaftskund/Politik/Sozialkunde“<sup>2</sup> sowie „Geografie“ dokumentieren.

Für die Stadtgemeinde Bremen ergibt sich folgendes Bild:

**Erdkunde / Geografie (FachID 2020)**

Einstellungen / Abgänge von Lehrkräften mit der Fakultas Erdkunde / Geografie (FachID 2020) in den Jahren ....

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Summe
Einstellungen	2	9	14	13	10	7	8	13	14	9	11	12	8	22	10	18	180
Abgänge	16	24	17	28	26	30	31	27	24	22	22	15	29	22	27	25	385

**Gemeinschaftskunde / Politik / Sozialkunde (FachID 2010)**

Einstellungen / Abgänge von Lehrkräften mit der Fakultas Gemeinschaftskunde / Politik / Sozialkunde (FachID 2010) in den Jahren ....

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Summe
Einstellungen	5	21	21	30	37	28	23	30	30	27	23	24	16	30	27	32	404
Abgänge	13	22	15	16	28	21	36	41	29	32	23	29	43	51	43	40	482

<sup>2</sup> Vgl. Fußnote zu Antwort 2e

Für die Stadtgemeinde Bremerhaven liegen derzeit keine aufbereiteten Daten ab 2000 bis 2012 vor. Dargestellt werden können die Abgänge und Einstellungen seit 2013:

	Politik		Geografie	
	Abgänge	Einstellungen	Abgänge	Einstellungen
2013	21	8	17	5
2014	21	7	12	4
2015	9	15	18	8
gesamt	51	30	47	17

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die fachlichen Dimensionen des Lernbereichs Gesellschaft und Politik gleichermaßen von Lehrerinnen und Lehrern für Geografie, Geschichte und Politik unterrichtet werden; eine spezifische Fachlichkeit in entweder Geschichte oder Geografie oder Politik ist dafür nicht erforderlich. Die angeführten Zahlen sagen deshalb nichts über den Gesamtbestand an Lehrerinnen und Lehrern für den Lernbereich Gesellschaft und Politik aus, sondern sie beziehen sich lediglich auf die Abgänge und Einstellungen für Lehrerinnen und Lehrer mit der jeweiligen Facultas. Durch die höhere Zahl an Abgängen wurden u. a. fachspezifische Überhänge dort ausgeglichen, wo durch den integrativen Ansatz des Lernbereichs Gesellschaft und Politik diese einseitige fachliche Orientierung nicht mehr erforderlich war.

6. Welche Bedeutung haben die Unterrichtsfächer Politik und Geografie in der zukünftigen Ausrichtung der schulischen Bildungslandschaft des Bundeslandes Bremen?

Die Stundentafeln zeigen die hohe Bedeutung der Fächer Politik und Geografie bzw. des Lernbereichs Gesellschaft und Politik, da – wie bereits in den Antworten zu Frage 2 dargestellt – die Stundenanzahl in der Sekundarstufe I noch über dem von der Kultusministerkonferenz vorgesehenem Niveau liegt und die Schulen die vielfältigen und umfangreichen Möglichkeiten des fächerübergreifenden, fächerverbindenden und projektbezogenen Unterrichts nutzen. Das verpflichtende Unterrichtsangebot im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld in der Einführungsphase ist mit ihrer Umgestaltung 2009 – Unterricht im Klassenverband – verdoppelt worden.

7. Durch welche Maßnahmen will der Senat der evidenten Notwendigkeit Rechnung tragen, die politische Bildung in den Schulen im Land Bremen zu stärken?

Der Senat hat die politische Bildung insofern gestärkt, als die Rahmenseetzungen neben der Mindeststundenzahl im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich an den Schulen im Land Bremen die unterrichtliche Arbeit in fächerübergreifenden Projekten vorsehen und Möglichkeiten für Wahl- und Wahlpflichtangebote schaffen. Hier wird regelhaft – und zum Teil durch Kooperationsverträgen verbindlich fixiert – an und mit außerschulischen Lernorten, Gedenkstätten und Museen zusammengearbeitet. Die politische Bildung sieht der Senat als Querschnittsaufgabe der Schule und vieler Fächer. Zudem gibt es Beteiligungsformate, die Möglichkeit der Teilnahme an Wettbewerben wie „Demokratisch Handeln“, „Jugend debattiert“ und „Dem Hass keine Chance“, die der Senat fördert und koordinierend unterstützt sowie zahlreiche Projekte der politischen Bildung wie die Juniorwahl, die der Senat flächendeckend ermöglicht. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wird ebenfalls koordinierend unterstützt. Durch Fortbildungen werden Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich geschult und wirken als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an den Schulen im Land.

8. Welche Bedeutung nehmen die Unterrichtsfächer Politik und Geografie nach Kenntnis des Senats innerhalb der gemeinsamen Planungen der Kultusministerkonferenz ein?

Im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld misst die Kultusministerkonferenz dem Fach Geschichte besondere Bedeutung zu. Insgesamt sind die

Vorgaben der Kultusministerkonferenz im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabengebiet hinreichend, die Fächer Politik und Geografie zu sichern. Darüber hinaus betrachtet der Senat wie auch die Kultusministerkonferenz die politische Bildung einschließlich der Demokratieerziehung als Querschnittsthema, das – ähnliches gilt für die Bildung für nachhaltige Entwicklung – in vielen Fächern und in fachübergreifender Form thematisiert und als wichtiges Anliegen des Schullebens gestaltet wird.

9. Durch welche konkreten Schritte zur Steigerung der schulischen Qualität will der Senat gegebenenfalls einer weiteren Erosion des Fachunterrichts an Bremer Schulen entgegenwirken?

Eine Erosion des Fachunterrichts kann der Senat nicht erkennen. Der Schwerpunkt der Qualitätsentwicklung in den Schulen liegt im Kern des schulischen Handelns, dem Unterricht. Dieser Unterricht muss Schülerinnen und Schülern vor allem im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich lebensweltbezogene und relevante Zugänge verschaffen, die es den Lernenden ermöglichen, komplexe Problemlagen zu erkennen, zu verstehen und zu bewerten. Dies ist vor allem durch fächerübergreifende Zugänge möglich.

10. Sind dem Senat Studien bzw. deren Ergebnisse bekannt, die sich explizit mit der Problematik der Fächerintegration beschäftigen? Falls ja, was besagen diese, und in welcher Weise werden diese im Land Bremen berücksichtigt?

Der Senat bezieht unterrichtsbezogene Erkenntnisse aus der Wissenschaft in geeigneter Weise in die Gestaltung der Schule sowie in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein. Die Ergebnisse der aktuellen Forschung führten in der Bildungsplanung und der Fachdidaktik im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich zur mittlerweile gängigen Öffnung des Unterrichts über die Grenzen des Fachs hinaus und zur Hinwendung zu Längsschnittverfahren, die den großen Vorteil haben, dass Schülerinnen und Schüler Themen aus ihrer Gegenwart in ihrer historischen, politischen und geografischen Dimension verstehen lernen und vernetztes Denken gefördert wird.

Auch in der Lehramtsausbildung für gesellschaftswissenschaftliche Fächer an der Universität Bremen ist die Implementation von Lehrmodulen, welche fachdidaktische Inhalte in einen sozialwissenschaftlichen Kontext stellen, die Entwicklung interdisziplinärer Lehrformate und die Vermittlung fächerverbindender Lehrkompetenzen von besonderer Bedeutung. Das fachspezifische Lernen und Forschen wird dabei nicht überflüssig, es stellt vielmehr die Grundlage des fächerübergreifenden Arbeitens dar. In Exzellenzprogrammen wie der geisteswissenschaftlichen Verbundinitiative der Universität Bremen „Worlds of Contradiction“ gehört es zum Kern des Programms, Kooperationen zwischen Disziplinen zu ermöglichen, die dem Prinzip geteilten Wissens – shared knowledge – verpflichtet sind.

Eine methodische Brücke für Schülerinnen und Schüler bieten Ansätze wie das „forschend-entdeckende Lernen“, wie sie z. B. seit 2010 im Projekt „Bremer Stadtforscher“, einem „Denkwerk“ der Universität Bremen zusammen mit zahlreichen Bremer Schulen realisiert werden: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Fächer Politik, Geografie und Geschichte haben sich hier zusammengetan, um dem sozialwissenschaftlichen Unterricht neue Impulse zu geben. Sie kooperieren eng mit den Partnerschulen und Lehrkräften. Im Stadtforscherprojekt sammeln Schülerinnen und Schüler nach dem Prinzip des forschend-entdeckenden Lernens über die konkrete Auseinandersetzung mit selbstgewählten stadtbezogenen Themen erste Erfahrungen mit eigener Recherche. Dabei lernen sie Methoden der Sozial- und Geisteswissenschaften kennen. Speziell ausgebildete Lehramtsstudierende begleiten die Schülerinnen und Schüler als Projektutorinnen und Projektutoren.